

An (ausschreibende Stelle)

Stadt Dortmund
- Vergabe- und
Beschaffungszentrum-
Viktoriastraße 15

44135 Dortmund

**Name, Anschrift und ggf. verantwortlichen
Ansprechpartner des Bieters / der
Bietergemeinschaft:**

Az.: 19/2

Vergabe-Nr.: L283/26

Vergabeart:

☒ Öffentliche Ausschreibung

☐ Freihändige Vergabe / Verhandlungsvergabe

Zuschlagsfrist endet am: 16.10.2026

Angebotsfrist:

Datum: 25.08.2026

Uhrzeit: **20:00** Uhr

Angebot

Rahmenvertrag Fahrerlaubnis

1. Mein/Unser Angebot umfasst:

1.1 folgende beigefügte Unterlagen

- Leistungsbeschreibung mit den Preisen und den geforderten Erklärungen,
- alle weiteren nach der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots geforderten und soweit erforderlich ausgefüllten Anlagen, die diesem Angebotsschreiben beigefügt sind (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes Anlagen B).

1.2 folgende nicht beigefügte Unterlagen

- Allgemeine Vertragsbedingungen der Stadt Dortmund (siehe auf www.vergabezentrum.dortmund.de)
- alle weiteren in der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots angegebenen Anlagen, die bei mir/uns verbleiben können (vgl. A 1 - Aufforderung zur Abgabe eines Angebotes Anlagen A).
- VOL/B

2. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung der Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung nachgekommen bin/sind, sowie die gültigen Arbeitsschutzvorschriften erfülle(n),
- in den letzten 2 Jahren nicht
 - gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz oder
 - gem. § 21 Arbeitnehmerentsendegesetzmit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind,
- die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).
- kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde
- mein/unser Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet
- dass die Voraussetzungen für einen Ausschluss nach § 19 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG) nicht vorliegen.

3. ☐ Ich bin/Wir sind präqualifiziert und auf www.amtliches-verzeichnis.ihk.de eingetragen unter der Nummer:

4. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir

- alle Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
- den vertraglichen Verpflichtungen gemäß meinen/unseren Angaben in der Anlage „Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ordnungsgemäß nachkommen werde/n.

- nur Holz gemäß den in der „Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten“ benannten Variante verwende/n.

5. Bei den folgenden Preisangaben handelt es sich um einen Übertrag aus dem Angebot/Leistungsverzeichnis. Bei Abweichungen/Widersprüchen gilt die durch Addition der eingetragenen Einheitspreise mit den jeweiligen Stückzahlen ermittelte Gesamtsumme.

Ich/Wir biete/n die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

Hauptangebot	
keine Vergabe nach Losen	

4.1 Endbetrag inkl. MwSt. (ohne Nachlass):	€ inkl. MwSt.
---	---------------

4.2 Preisnachlass ohne Bedingung¹ auf die Abrechnungssumme	%
Achtung! Die Preise im Leistungsverzeichnis sind <u>ohne</u> den hier einzutragenden Nachlass anzugeben. Wird an dieser Stelle ein Nachlass eingetragen, so wird dieser <u>zusätzlich</u> von der sich aus den eingetragenen Einheitspreisen in der Leistungsbeschreibung rechnerisch ergebenden Angebotssumme abgezogen!	

4.3 Skonto² auf die Abrechnungssumme	%
Skontoabzug wird gewährt bei Zahlung innerhalb von	Tagen

4.4 Nebenangebote zum Hauptangebot	Anzahl:
---	----------------

Der Preisnachlass des Hauptangebotes / der Hauptangebote wird auch auf etwaige Nebenangebote gewährt.	☐ Nein
--	-------------------------------

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Bindefrist gebunden.

6. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.
7. Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Bestandteile des Angebots. Wird eine selbstgefertigte Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses abgegeben, wird mit der Unterschrift auch die vom Auftraggeber verfasste Urschrift als alleinverbindlich anerkannt.

☐ Ich/Wir erkläre(n), dass das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt generell Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten.

Ich/Wir habe/haben das den Ausschreibungsunterlagen beiliegende Informationsschreiben zum Datenschutz (Anlage 1 zum Angebotsschreiben) zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum, Firmenstempel und Unterschrift

¹ Siehe Teilnahmebedingungen

² Skontovereinbarungen können unter Punkt 4 des Angebotsschreibens getroffen werden. Dort ist, falls keine Skontogewährung erfolgen soll, auch zulässigerweise 0 % Skonto einzutragen. Es dürfen nur Zahlen ab 0 eingetragen werden. Wird das Feld für die Eintragungsmöglichkeit gestrichen, so wird dies so verstanden, dass kein Skonto gewährt wird.

Sofern im Angebotsschreiben keine oder keine abweichenden Angaben zur Skontogewährung gemacht werden und derartige Angaben auch an keiner anderen Stelle der eingereichten Unterlagen vorhanden sind, gelten die Skontovereinbarungen gemäß Punkt A - 6 der AVB der Stadt Dortmund. Das Zahlungsziel rein netto darf nicht verändert werden.

Die Skontogewährung gilt immer für alle Haupt- und etwaige Nebenangebote.

Mit der Einreichung in Textform nach § 126b BGB bzw. mit der fortgeschrittenen oder qualifizierten elektronischen Signatur gelten das Angebot und alle damit eingereichten Unterlagen als unterschrieben. Auf die Regelungen des Formblatts „Verfahrensregelungen zur Form der Einreichung elektronischer Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträge und Angebote“ wird verwiesen.

Anlage 1 zum Angebotsschreiben:

Einverständniserklärung zur Verwendung personenbezogener Daten

Auf Ihre Rechte auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO), Berichtigung (Art. 16 DS-GVO), Löschung (Art. 17 DS-GVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO), Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO) und Widerspruch (Art. 21 DS-GVO) wird hingewiesen.

Das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 gegenüber einer öffentlichen Stelle besteht gemäß § 14 DSG NRW nicht, soweit an der Verarbeitung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, oder eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet.

Hinweis:

Eine ausführliche Datenschutzerklärung der Stadt Dortmund finden Sie auf unserer Website unter www.dortmund.de

Leistungsbeschreibung- Fahrerlaubnis Klasse C/ CE

Ausgangsinformationen und Aufgabe

Ca. 37/38 Personen sollen in 2 Gruppen, je ca. 18 - 19 Personen, die Fahrerlaubnis C/CE erwerben. Davon sollen 2 Personen ausschließlich die Fahrerlaubnis Klasse C1 erwerben.

1. Gruppe Beginn: nach Auftragserteilung
2. Gruppe Beginn: Januar 2027

Die Fahrstunden können tagsüber als auch in den Abendstunden stattfinden. Hinsichtlich der zeitlichen Anordnung der Fahrstunden gibt es grundsätzlich keine Einschränkungen, die Teilnehmer werden für den Fahrunterricht von ihrer beruflichen Einbindung freigestellt.

Ärztliche Untersuchungsergebnisse und die erfolgreiche Teilnahme des Erste-Hilfe-Kurses sind durch den AG vorzuweisen.

Der Teilnahme- sowie Leistungsstand der Teilnehmer ist zu dokumentieren:

- Zur Teilnahmefrequenz ist der Projektleitung, wöchentlich in einer Notiz per Mail mitzuteilen, ob die verabredeten Fahrstunden und der angesetzte Theorieunterricht von den genannten Teilnehmern auch tatsächlich absolviert wurden sowie ob die genannten Teilnehmer in einer erfolgsorientierten Dichte ihre Fahrstunden verabreden. Die Kontaktdaten der Projektleitung werden dem Auftragnehmer nach Auftragserteilung mitgeteilt.
- Zum jeweiligen Leistungsstand ist der Projektleitung wöchentlich in Form einer kurzen Notiz per Mail mitzuteilen, ob die Leistungen der jeweiligen Teilnehmer im Spektrum des Leistungsdurchschnitts liegen. Sobald ggf. deutlich werden sollte, dass bei einzelnen Teilnehmern mit Blick auf eine erfolgreiche Absolvierung der Fahrprüfung eine den Durchschnitt überschreitende Anzahl an Fahrstunden notwendig werden sollte, ist dies explizit und unverzüglich der Kontaktperson zur Kenntnis zu geben. Sollte ein Teilnehmer den Fahrunterricht abbrechen, ist auch dies unverzüglich der Kontaktperson schriftlich anzuzeigen.
- Die Theorieschulung soll in zwei Gruppen mit ca. 18-19 Teilnehmern erfolgen. Dies soll in einer Woche als Vollzeit Blockunterricht stattfinden. Wenn möglich soll die Theorieschulung am Standort des Betriebshofes der Stadt stattfinden. Sollte dies nicht möglich sein, so ist ggf. ein Bustransfer für die Schüler vom Betrieb zum Schulungsort einzukalkulieren.

Abschluss:

- Teilnahmelisten sind zusätzlich digital (Scan) zu erstellen und werden nach erfolgreichem Abschluss an die Ansprechpartner der einzelnen Fachbereiche gesendet.
- Die Abschlussrechnung beinhaltet eine genaue Aufschlüsselung der geleisteten Theorie -und Praxisstunden inkl. aller Original-Unterschriften des TN. Diese ist an entsprechende Fachstelle zu senden. (Kontakt wird nach Auftragserteilung mitgeteilt)

Die nachstehende Kostenaufstellung ist abschließend und umfasst sämtliche Einzelkostenpositionen. Zusätzliche Kostenpositionen werden nicht geltend gemacht.

Eine Ausnahme stellt das Nicht-Bestehen der Prüfung dar; dies bedarf separater Absprachen.

Die Kosten für einen Online-Zugang zum Zweck des Ausfüllens der Bögen via PC/Tablet/Smartphone/CD/Apps etc. sind im Preis enthalten.

Pos.	Beschreibung G.P. netto	Menge	E.P.	netto
1	Grundgebühr C/CE bei Anmeldung	38 psch.	_____	_____
2	Theorieunterricht/ Perfektionstraining incl. Bustransfer für die 38 TN während des Theorieteils	38 psch.	_____	_____
3	Praktische Fahrstunde C (37 mal 6 Std.)	222 Std.	_____	_____
4	Praktische Fahrstunde CE (36 mal 10 Std.)	360 Std.	_____	_____
5	Sonderfahrten C (37 mal 4 Std.)	148 Std.	_____	_____
6	Sonderfahrten CE (36 mal 10 Std.)	360 Std	_____	_____
7	Unterweisungen C/CE	76 psch.	_____	_____
8	Lehrmaterialien, ggf. online Zugang	38 psch.	_____	_____
9	Vorstellung theoretische Prüfung C/CE	38 psch.	_____	_____
10	Vorstellung praktische Prüfung C	37 psch.	_____	_____
11	Vorstellung praktische Prüfung CE	36 psch.	_____	_____
12	TÜV Prüfungsgebühren Theorie	38 psch.	_____	_____
13	TÜV Prüfungsgebühren C	37 psch.	_____	_____
14	TÜV Prüfungsgebühren CE	36 psch.	_____	_____

.....
Angebotssumme netto: _____

+ 7 % MwSt.:auf die Lehrmaterialien _____

Angebotssumme brutto:

.....

Leistungsbeschreibung- Fahrerlaubnis Klasse BE

Ausgangsinformationen und Aufgabe

Ca. 7 Personen sollen die Fahrerlaubnis BE erwerben.

Die Fahrstunden können tagsüber als auch in den Abendstunden stattfinden. Hinsichtlich der zeitlichen Anordnung der Fahrstunden gibt es grundsätzlich keine Einschränkungen, die Teilnehmer werden für den Fahrunterricht von ihrer beruflichen Einbindung freigestellt.

Der Teilnahme- sowie Leistungsstand der Teilnehmer ist zu dokumentieren:

- Zur Teilnahmefrequenz ist der Projektleitung, wöchentlich in einer Notiz per Mail mitzuteilen, ob die verabredeten Fahrstunden und der angesetzte Theorieunterricht von den genannten Teilnehmern auch tatsächlich absolviert wurden sowie ob die genannten Teilnehmer in einer erfolgsorientierten Dichte ihre Fahrstunden verabreden. Die Kontaktdaten der Projektleitung werden dem Auftragnehmer nach Auftragserteilung mitgeteilt.
- Zum jeweiligen Leistungsstand ist der Projektleitung wöchentlich in Form einer kurzen Notiz per Mail mitzuteilen, ob die Leistungen der jeweiligen Teilnehmer im Spektrum des Leistungsdurchschnitts liegen. Sobald ggf. deutlich werden sollte, dass bei einzelnen Teilnehmern mit Blick auf eine erfolgreiche Absolvierung der Fahrprüfung eine den Durchschnitt überschreitende Anzahl an Fahrstunden notwendig werden sollte, ist dies explizit und unverzüglich der Kontaktperson zur Kenntnis zu geben. Sollte ein Teilnehmer den Fahrunterricht abbrechen, ist auch dies unverzüglich der Kontaktperson schriftlich anzuzeigen.

Abschluss:

- Teilnahmelisten sind zusätzlich digital (Scan) zu erstellen und werden nach erfolgreichem Abschluss an die Ansprechpartner der einzelnen Fachbereiche gesendet.
- Die Abschlussrechnung beinhaltet eine genaue Aufschlüsselung der geleisteten Praxisstunden inkl. aller Original-Unterschriften des TN. Diese ist an entsprechende Fachstelle zu senden. (Kontakt wird nach Auftragserteilung mitgeteilt)

Die nachstehende Kostenaufstellung ist abschließend und umfasst sämtliche Einzelkostenpositionen. Zusätzliche Kostenpositionen werden nicht geltend gemacht. Eine Ausnahme stellt das Nicht-Bestehen der Prüfung dar; dies bedarf separater Absprachen.

Pos.	Beschreibung G.P. netto	Menge	E.P.	netto
------	----------------------------	-------	------	-------

15	Grundgebühr BE bei Anmeldung	7 psch.	_____	_____
16	Sonderfahrten BE (7 mal 5 Std.)	35 Std.	_____	_____
17	Grundfahrstunden BE (7 mal 2 Std.)	14 Std.	_____	_____
18	Unterweisungen BE	7 psch.	_____	_____
19	Vorstellung praktische Prüfung BE	7 psch.	_____	_____
20	TÜV Prüfungsgebühren BE	7 psch.	_____	_____

.....

Angebotssumme netto: _____

+ 7 % MwSt.: auf die Lehrmaterialien _____

Angebotssumme brutto: _____

.....

B2 - Vertragsbedingungen und Verpflichtungserklärung zur Frauenförderung und Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Ich erkläre / Wir erklären¹:

- Zutreffendes bitte ankreuzen –

1. Anwendbarkeit

Im Unternehmen sind in der Regel mehr als 20 Arbeitnehmer / -innen beschäftigt.

Hinsichtlich der Anzahl der Beschäftigten gilt, dass alle Vollzeitbeschäftigten, Teilzeitbeschäftigten nach Köpfen (also nicht umgerechnet in Vollzeit-Äquivalente) und auch alle 538-Euro-Kräfte mitzuzählen sind. Lediglich Auszubildende gelten nicht als Beschäftigte. Verfügt somit ein Bieterunternehmen im Zeitpunkt der Angebotsabgabe über lediglich 20 oder weniger Beschäftigte, erschöpft sich die abzugebende Information in eben dieser Angabe.

Zur Festlegung der Unternehmensgröße ist die Definition der Betriebsstätte nach § 12 Abgabenordnung zugrunde zu legen.

- ☐ Ja, mehr als 20 Beschäftigte, weiter mit 2.
- ☐ Nein (es sind keine weiteren Angaben erforderlich).

2.

2.1 Unternehmensgröße

Im Unternehmen sind in der Regel beschäftigt:

- ☐ über 500 Beschäftigte
(Es sind mindestens vier der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).
- ☐ über 250 bis 500 Beschäftigte
(Es sind mindestens drei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).
- ☐ über 20 bis 250 Beschäftigte
(Es sind mindestens zwei der im Katalog unter 2.2 aufgeführten Maßnahmen auszuwählen und im Rahmen dieses öffentlichen Auftrages durchzuführen oder einzuleiten, sofern nicht die unter 2.3 genannten Ausnahmen zutreffen).

2.2 Maßnahmenkatalog zur Frauenförderung oder Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In meinem/unserem Unternehmen wird/werden für die bei der Abwicklung diesen öffentlichen Auftrages eingesetzten Mitarbeiter/-innen folgende Maßnahme/-n umgesetzt:

- ☐ Untersagung und Unterbindung eines Verhaltens verbaler und nicht-verbaler oder physischer Art, welches bezweckt oder bewirkt, dass weibliche Beschäftigte lächerlich gemacht, eingeschüchtert, angefeindet oder in ihrer Würde verletzt werden,,
- ☐ explizite Ermutigung von Frauen sich zu bewerben, wenn im Betrieb Ausbildungs- und Arbeitsplätze in männerdominierten Berufsbereichen zu besetzen sind,

¹ Die bei der Durchführung dieses Auftrages eingesetzten Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften sind nicht verpflichtet, Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie umzusetzen.

- ☐ Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil,
- ☐ Befragung von Beschäftigten zu ihren Arbeitszeitwünschen, Auswertung einschließlich Einleitung von Umsetzungsschritten betreffend ihrer Tätigkeit,
- ☐ Angebot von Teilzeitarbeit oder flexiblen Arbeitszeitmodellen als Maßnahme zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- ☐ Entwicklung und Umsetzung von Modellen vollzeitnaher Teilzeitarbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung bzw. Ausbau von Telearbeit für die Beschäftigten,
- ☐ Einrichtung von Eltern-Kind-Zimmern für die Beschäftigten,
- ☐ Unterstützung bei der Suche nach Kinderbetreuungs- und Pflegemöglichkeiten,
- ☐ Angebot betrieblich organisierter Kinderbetreuung,
- ☐ Zahlung eines Kinderbetreuungszuschusses,
- ☐ Angebot von Ferienprogrammen zur Überbrückung der Betreuungslücke für Kinder berufstätiger Eltern in Kindergarten- bzw. Schulferien,
- ☐ Unterstützung von Mitarbeitern mit pflegebedürftigen Angehörigen durch individuelle Betreuung und Hilfeleistung oder Abschluss einer Vereinbarung einer Familienpflegezeit,
- ☐ Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit,
- ☐ Bereitstellung von innerbetrieblichen Paten und Patinnen für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger,
- ☐ Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente,
- ☐ Analyse der Entwicklung der Leistungsvergütung in den letzten 5 Jahren nach Geschlecht,
- ☐ Maßnahmen zur Gewinnung von Mädchen und Frauen für ein betriebliches Praktikum, insbesondere in den männerdominierten Berufen sowie
- ☐ Angebot spezieller Bildungsmaßnahmen für Frauen, die diese auf die Übernahme von höherwertigen und leitenden Positionen vorbereiten.

2.3 Ausnahmen (ggf. anzugeben)

Ausnahmsweise kann der öffentliche Auftraggeber, nach entsprechendem Vortrag des Bieterunternehmens, von ergänzenden Ausführungsbestimmungen zur Frauenförderung bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, absehen. Hierbei handelt es sich um besonders zu begründende Einzelfallentscheidungen. Bieterunternehmen haben nachfolgend insoweit die Möglichkeit, die zu berücksichtigenden Gründe für die Nichtdurchführbarkeit entsprechender Maßnahmen darzustellen. Der öffentliche Auftraggeber prüft den vorgetragenen Sachverhalt auf Plausibilität.

Sofern ein Bieter durch Zuschlag bereits zur Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie verpflichtet wurde, kann er sich hierauf bei der Angebotsabgabe um weitere öffentliche Aufträge zwölf Monate lang nach dem Tag des Zuschlags berufen. Die Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, zu deren Durchführung oder Einleitung sich das Unternehmen verpflichtet hat, müssen ordnungsgemäß umgesetzt worden sein. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers hat der Bieter die Durchführung oder Einleitung der umgesetzten Maßnahmen zu belegen.

- ☐ Ich/wir werden keine weiteren der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen anbieten, da mein/unser Unternehmen in den letzten 12 Monaten bereits durch Zuschlag zur Umsetzung von Maßnahmen der Frauenförderung oder der

Vereinbarkeit von Beruf und Familien verpflichtet worden ist. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung oder Einleitung der Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor Zuschlagserteilung nachweisen.

- ☐ Ich/wir haben bereits alle der im Maßnahmenkatalog zu 2.2 genannten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familien durchgeführt oder eingeleitet. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers werde/-n ich/wir die Durchführung der umgesetzten Maßnahmen der Frauenförderung oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachweisen.
- ☐ Ich/wir sind aus nachfolgend aufgeführten objektiv belegbaren Gründen nicht in der Lage, bei den im Rahmen der Durchführung dieses öffentlichen Auftrags eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Maßnahmen der Frauen- und Familienförderung durchzuführen.

Angabe der Gründe (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

- ☐ Für mich/uns ist die Durchführung oder Einleitung von Maßnahmen der Frauen- oder Familienförderung im Hinblick auf das Volumen des öffentlichen Auftrags und/oder der Anzahl der konkret mit dem öffentlichen Auftrag eingesetzten Mitarbeiter im Verhältnis zum Gesamtumsatz des Betriebes und/oder der gesamten Belegschaft des Betriebes unverhältnismäßig und unzumutbar.

Erläuterungen (ggf. gesonderte Anlage verwenden):

3. Weitere vertragliche Verpflichtungen

Die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind zum Zwecke der Überprüfbarkeit vom Auftragnehmer zu dokumentieren. Diese Dokumentation muss mindestens enthalten:

1. die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen,
2. Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen,
3. Angaben des Zeitpunktes der Einleitung sowie des Zeitpunktes der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen,
4. Angaben zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen, insbesondere
 - a) zur Anzahl der von der jeweiligen Maßnahme betroffenen Beschäftigten in Relation zur Gesamtanzahl der im Unternehmen Beschäftigten,
 - b) Zeitpunkt der Einleitung bzw. die Dauer der Durchführung der Maßnahmen und,
 - c) ob die Maßnahme über die Dauer der Durchführung des öffentlichen Auftrags im Betrieb weiter angeboten beziehungsweise fortgeführt wird.

Die Dokumentation der durchzuführenden bzw. eingeleiteten Maßnahmen ist mindestens ein Jahr aufzubewahren und im Unternehmen zu veröffentlichen. Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers ist diese in einem weiteren Vergabeverfahren vorzulegen.

Ich/Wir erkläre/-n mich/uns darüber hinaus im Fall der konkreten Auftragsdurchführung mit folgenden Verpflichtungen einverstanden:

- Auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers weise/-n ich/wir die Einhaltung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen in geeigneter Form nach.
- Ich/Wir werde/-n die durchgeführten bzw. eingeleiteten Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zum Zwecke der Überprüfbarkeit² dokumentieren und im Betrieb bekanntgeben.
- Für jeden schuldhaften Verstoß der Auftragnehmerin bzw. des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen aus dieser Verpflichtungserklärung gilt eine Vertragsstrafe als vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei mehreren Verstößen bis zu fünf von Hundert des Auftragswertes beträgt.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,

Mir/Uns ist bekannt, dass Falschangaben im Rahmen dieser Erklärung oder Verstöße gegen darin übernommene Verpflichtungen zu einer außerordentlichen Kündigung durch den Auftraggeber führen können.

² Die schriftliche Dokumentation soll die Bezeichnung der ausgewählten Maßnahmen, Angaben zu Art und Umfang der geplanten Durchführung oder Einleitung der jeweiligen Maßnahmen, zum Zeitpunkt der Einleitung sowie zum Zeitpunkt der voraussichtlichen oder tatsächlichen Durchführung der jeweiligen Maßnahmen und zu den Auswirkungen und der Nachhaltigkeit der Wirkung der Maßnahmen enthalten. Die Aufbewahrungsfrist beträgt 12 Monate.